

ANFRAGE

von Ronald Alder (glp, Ottenbach), Claudia Hollenstein (glp, Stäfa) und Gabriel Mäder (glp, Adliswil)

Massnahmen gegen Fachkräftemangel bei den Ärzten

Mit der Pflegeinitiative ist der Fachkräftemangel im Bereich der Pflege in den Fokus geraten. Die Initiative wurde vom Schweizer Volk im November 2021 angenommen. In der Herbstsession 2022 hat nun der Ständerat das neue Bundesgesetz über die Förderung der Ausbildung im Bereich der Pflege verabschiedet. Zur Bekämpfung des Fachkräftemangels in der Pflege wurden nun also erste konkrete Schritte unternommen.

Aber nicht nur in der Pflege, sondern auch im ärztlichen Bereich herrscht zunehmend Fachkräftemangel. In Allgemeiner Innerer Medizin, in Psychiatrie und Psychotherapie, in Kinder- und Jugendpsychiatrie und -psychotherapie oder in Kinder- und Jugendmedizin ist der Mangel offenkundig.

Die übermässig belasteten Notfallstationen und die länger werdenden Wartelisten in den Spitälern zeigen auf, dass auch in anderen therapeutischen Gebieten immer mehr Fachkräfte fehlen.

Es ist darum angezeigt, wie bei der Pflege, auch bei den Ärzt:innen eine Ausbildungsoffensive zu starten.

Wir bitten den Regierungsrat deshalb um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. In welchen therapeutischen Bereichen identifiziert der Regierungsrat bereits heute einen ärztlichen Fachkräftemangel?
2. In welchen therapeutischen Bereichen erwartet der Regierungsrat einen ärztlichen Fachkräftemangel in den nächsten 5 Jahren?
3. Welche Massnahmen plant der Regierungsrat, um dem ärztlichen Fachkräftemangel zu begegnen? Wir bitten um das Aufzeigen mittels inhaltlichen und zeitlichen Meilensteinen.
4. Wie könnte eine entsprechende Ausbildungsoffensive aussehen und wie würde diese finanziert?
5. Die Ausbildungsplätze an den Zürcher Spitälern werden pro Jahr mit CHF 15'000.- abgegolten. Dies ist nicht kostendeckend, belastet darum die angespannte finanzielle Situation der Spitäler zusätzlich und bietet somit keinen Anreiz, mehr Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen. Welche Bestrebungen unternimmt der Regierungsrat, damit dieser Fehlanreiz behoben wird?